

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 5 85 846 pbbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, verurteilt Reagans Weltraumpläne: Technizistische Illusion. Seite 1

Gerd Walter MdEP, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten, fordert Bundeskanzler Kohl auf, das Doppelspiel von Kiechle und Stoltenberg zu unterbinden: Agrarpolitische Schmierenkommödie. Seite 3

Helmut Rohde MdB fragt nach den Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Jugendarbeitslosigkeit: Durchsichtige Tricks. Seite 4

Georg Bamberg MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Abgeordneten, fordert gesetzliche Beförderungsgebote für die Bahn: Dem Beispiel Österreichs folgen. Seite 6

40. Jahrgang / 29

11. Februar 1985

Eine technizistische Illusion

Zu Reagans Weltraum-Plänen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Das Prinzip der wechselseitigen Abschreckung kann zwischen Ost und West nicht durch die Einführung neuer Waffensysteme, sondern nur politisch als Ergebnis eines langfristigen Prozesses des Interessenausgleichs und der Verständigung überwunden werden. Die von Präsident Reagan und seinem Verteidigungsminister Weinberger verbreitete Vorstellung, durch die Entwicklung und Einführung neuer weltraumgestützter Verteidigungssysteme sei das Prinzip der wechselseitigen Abschreckung zu überwinden, ist eine technizistische Illusion.

Das Prinzip der wechselseitigen Abschreckung kann durch eine Reform von Militärstrategien und als Ergebnis von Rüstungskontrollvereinbarungen in seinen Kosten und Risiken verringert, aber nur durch eine Entfeindung und Ver-



söhnung zwischen Ost und West politisch überwunden werden. Die Verwirklichung der Pläne Präsident Reagans zur strategischen Verteidigung aber führen nicht zu einer Kostenersparnis, sondern zu einer Kostenexplosion. Sie führen nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen Ost und West. Der beste Beitrag zur militärischen Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses wäre eine wechselseitige Ächtung der Weltraumrüstung als Ergebnis der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Dieses Ergebnis unterstützt die SPD.

Die Bundesregierung Kohl hatte sich ursprünglich gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien den amerikanischen Plänen zur Einführung einer Weltraumrüstung widersetzt. Jetzt ist die Bundesregierung aufgrund des Drucks der Vereinigten Staaten umgefallen. Sie hat die europäische Solidarität zugunsten einer fragwürdigen Hoffnung auf Einflußnahme durch Mitmachen bei den Plänen der Reagan-Administration preisgegeben.

Die SPD wird sich dieser Kursänderung der Bundesregierung widersetzen. Sie wird in der Kontinuität ihrer Beschlüsse seit dem Berliner SPD-Bundesparteitag im Dezember 1979 weiterhin gegen den Irrweg der Weltraumrüstung protestieren. Die SPD tritt nicht für die Einführung neuer Waffentechnologien im Weltraum, sondern für die Ächtung der Weltraumrüstung und einer drastischen Reduktion aller Nuklearwaffen als Ergebnis der Genfer Vereinbarungen ein.

(-/11.2.1985)

+ + +



Agrarpolitische Schmierenkombödie

Kohl muß das Doppelspiel von Kiechle und Stoltenberg unterbinden

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Bundeskanzler Helmut Kohl ist aufgefordert, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und das politische Doppelspiel seiner Minister Kiechle und Stoltenberg zu unterbinden. Es ist ein Spiel der Illusionen und Milliarden zur Täuschung der deutschen Landwirte wie der deutschen Steuerzahler.

Die Rollenverteilung: Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle fordert lauthals in Brüssel Agrarpreiserhöhungen, während sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ebenso theatralisch weigert, die ohnehin vorhandenen Milliardenlöcher im EG-Haushalt 1985 zu stopfen - was letztlich zur einmütigen Ablehnung des EG-Haushalts durch das Europäische Parlament geführt hat. Kiechles Agrarpreis-Illusionen sind politisch unredlich und finanziell unsolide. Er will die EG zum Prügelknaben machen, um die Landwirte bei der CDU/CSU-Stange zu halten.

Dieses Schauspiel wird von der Führung des Bauernverbandes mit Applaus begleitet. Der im Bundestag sprachlose Bauernverbandspräsident ist durch seine Zusatz-Eigenschaft als CDU-MdB ein offenkundiges Hindernis für eine unabhängige Interessenvertretung der Landwirte.

Diese Schmierenkombödie spielt sich vor diesem Hintergrund ab:

Der EG-Haushalt weist schon ohne die von der Kommission vorgeschlagene Agrarpreiserhöhung für 1985/86 ein Defizit von knapp acht Milliarden DM auf. Davon wird die Bundesrepublik ein Drittel übernehmen müssen. Damit ist der nächste Nachtrag für den Bundeshaushalt schon heute für den Sommer 1985 programmiert. Aber das offizielle Bonn (einschließlich des Bundestages) ignoriert diese Tatsache.

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat die Zusage für einen Haushaltsausgleich der EG bislang verweigert. Klartext: Schon jetzt ist die Finanzierung der gültigen Agrarpreisregelung nicht mehr gesichert, geschweige die einer Erhöhung. Vor dieser Kulisse ist es schon ein tolldreistes Stück politischer Instinktlosigkeit, wenn Minister Kiechle jetzt zusätzliche Agrarpreiserhöhungen fordert, die das Finanzzloch noch weiter aufreißen würden.

Brüssel sollte sich jedoch nicht von dem Bonner Possenspiel beirren lassen. Die Vorschläge der EG-Kommission beenden das Übel der Agrarpreis-Subventionierung auf Kosten der Steuerzahler zwar noch nicht, aber sie sind ein mutiger Schritt, die Probleme der nicht mehr finanzierbaren Überschußproduktion der EG-Landwirtschaft in den Griff zu bekommen.

(-/11.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Politik und Jugendarbeitslosigkeit
-----**Endet Blüms neue Mütterlichkeit beim Arbeitsamt?**

Von Heimit Rohde MdB

Wissen Sie nicht, so fragte Minister Blüm im Bundestag, daß der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit zurückgegangen ist? Die Opposition weiß, was heute in allen amtlichen Statistiken zu lesen ist: Der Übergang von der Bildung und Ausbildung in die Arbeit wird für die Jugendlichen immer schwerer und enttäuschender. Die Zahl der Arbeitslosen ist unter den 20- bis 25jährigen - so die Wirtschaftsberichte - von 1981 bis 1983 um 75 Prozent gestiegen. Inzwischen ist diese Zahl noch weiter nach oben geschneit. Die 20- bis 25jährigen sind in der Bundesrepublik die Altersgruppe mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Was liest Blüm eigentlich?

Das Bundesarbeitsministerium bedient sich eines durchsichtigen Tricks, anstatt sich der Frage zuzuwenden, wie der Übergang aus Bildung und Ausbildung in die berufliche Arbeit aussieht. Es zählt nur bis zum 20. Lebensjahr. In dieser Altersgruppe schlagen bei uns noch die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ausgeprägteren Bildungs- und Ausbildungsangebote zu Buch. Hätte auch die Bundesrepublik der jahrelangen politischen Niesmacherei der Konservativen gegen die Ausweitung von Bildungsmöglichkeiten und -kapazitäten nachgegeben, dann wären auch bei uns unmittelbar nach der Schulentlassung Jugendliche ohne Arbeit auf die Straße verwiesen worden wie in England, Italien und anderen europäischen Industrieländern. Ohne Expansion von Bildung und Ausbildung wäre die Expansion von Jugendarbeitslosigkeit noch gravierender.

Es hat also wenig Sinn, die Probleme der Jugendlichen mit willkürlichen statistischen Spielereien zu verstecken. Gefragt werden muß, was nach der Ausbildung geschieht, ob die jungen Menschen Arbeit finden und wie es um ihre Entwicklungschancen steht. Das gilt nicht nur für die 20- bis 25jährigen, sondern in verstärktem Ausmaß künftig auch für die Schulentlassenen bis zum 20. Lebensjahr. Dem neuesten Berufsbildungsbericht zufolge wird 1985 mit 745.000 bis 765.000 Bewerbern ein Nachfragerekord nach Lehrstellen erwartet werden. Zur gleichen Zeit wachsen die Sorgen und Befürchtungen um das Lehrstellenangebot dieses Jahres. Nicht nur der stellvertretende DGB-Vorsitzenden Fehrenbach, auch Fachleute des Ausbildungswesens befürchten einen Rückgang des Angebotes. Was also soll die hochmütige Fragerei des Ministers? Die Regierung soll sich lieber um



die Verhältnisse kümmern - so wie sie sind, ungeschminkt und ungetürkt.

Aber das ist es ja gerade: Im neuen Jahreswirtschaftsbericht schreibt die Bundesregierung, "mehr Arbeitsplätze über verstärktes Wirtschaftswachstum". Dabei hat der Leiter des Wirtschaftsinstituts von Professor Biedenkopf kürzlich in einem Essay über die Arbeit geschrieben: "Die schlichte Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist nicht erst heute, sie war schon immer trügerisch. Viel zu lange wurde der naive Glaube gehegt, eine Belebung des Wirtschaftswachstums werde die Dinge wieder ins Lot bringen." Das glauben sie in der Bundesregierung immer noch.

Übers Wochenende wird ständig auf politischen Versammlungen und von den Kanzeln erklärt, die Geburtenrate der Bundesrepublik sei zu niedrig. Und von Montag bis Freitag bleiben immer mehr Jugendliche ohne Aussicht auf zukunftssichere Ausbildung und Arbeit.

Der Bundeswirtschaftsminister erklärt die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen so: "Inzwischen hat die demographische Welle die Altersgruppe der 20- bis 25jährigen erreicht." So werden Geburtenziffern amtlicherseits zu Arbeitslosigkeitszahlen. Endet Blüms neue Mütterlichkeit beim Arbeitsamt?

(-/11.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Österreichs nachahmenswerter Weg zur Verkehrslenkung

Gesetzliche Beförderungsgebote und Monopolgüter für die Bahn dringlich

Von Georg Bamberg MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Abgeordneten

Was Fachleute in Österreich von Anfang an als notwendigen Flankenschutz zur Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene für notwendig gehalten haben, ist nun angekündigt: Zwangsmaßnahmen als allerletzter Ausweg.

Mit diesem Vorgehen erweist sich Österreichs Verkehrsminister als mutiger Realist. Ohne Druck wird das Straßengüterverkehrsgewerbe nämlich keine Tonne auf die Schiene verlagern. Die ökonomische und ökologische Umweltverschmutzung geht munter weiter, und die Unfallzahlen werden sowieso zur sterilen Statistik. Für die Bundesrepublik ergibt sich aus diesem Signal des Nachbarlandes die einzig mögliche Konsequenz: Die Bahn in ein Gesamtverkehrskonzept einzubetten und ihr bestimmte Güter durch gesetzliche Beförderungsgebote quasi als Monopolgüter zuzuweisen.

Dabei geht es nicht nur darum, den gesellschaftswirtschaftlichen Irrsinn zu beenden, einer bestens ausgestatteten Eisenbahn durch politisch einseitige Weichenstellung die Wettbewerbschancen zu nehmen und als Preis dafür jährlich 4.000 Millionen (!) DM Steuergeld zuzuschießen. Es muß endlich Schluß werden mit der Umweltverschmutzung durch den gewerblichen Straßengüterverkehr und mit den durch die Straßenüberlastung hervorgerufenen Unfallzahlen. Es ist "High Noon!"

Wer es ernst meint mit der total verhunzten Umwelt, der muß sie vor allem über eine menschengerechte Verkehrspolitik sanieren. Dem Straßengüterverkehrsgewerbe muß dabei durch mittelfristige Verträge die Chance zur strukturellen Umplanung gegeben werden. Bis jetzt waren Verkehrspolitiker aller Regierungen unfähig oder unwillig, das zu tun, was zwar schwierig, aber notwendig ist. Ob deutsche Verkehrspolitiker endlich erkennen, daß sie nicht noch eine - vielleicht die letzte - Chance verspielen dürfen?

(-/11.2.1985/vo-he/rs)

+ + +

